

HESSEN



Impuls- und Diskussionspapier des SPD-Landesvorstands (Stand: 12.1.2011)

Wieder mehr Demokratie wagen!

Wege zu einer neuen Kultur der Beteiligung

www.spd-hessen.de
HESSEN SPD.

Inhalt

I. Demokratie ohne Bürger? Die repräsentative Demokratie in der Vertrauens- und Beteiligungskrise

II. Ursachen der Vertrauenskrise – Über den Zustand unsere Demokratie

1. Wachsende Ungerechtigkeit schadet der Demokratie.
2. Die Sachzwangslogik entwertet Teilhabe.
3. Basta delegitimiert.
4. Die Medien verstärken den Verdruss.
5. Vertrauenskrise auf allen Ebenen – Marktradikale und bürgerferne Europapolitik
6. Die direkte Demokratie ist kein Allheilmittel.

III. Zwölf Vorschläge für eine neue Kultur der Beteiligung

1. Direkte Demokratie ausbauen.
2. Teilhabe vor Ort stärken.
3. Das Volk befragen.
4. Teilhabe setzt Handlungsfähigkeit voraus.
5. Die EU demokratischer gestalten.
6. Wirtschaftsdemokratie sichern und weiterentwickeln.
7. Bürgerfreundlich wählen.
8. Mehrwert SPD-Mitgliedschaft.
9. Früh übt sich, wer ein Demokrat sein will.
10. Die gesellschaftliche Spaltung überwinden.
11. Nur wenn's gerecht zugeht, (über-)lebt die Demokratie.
12. Politik braucht Ambition – Transparenz und Ethik.

Kontakt:

SPD-Landesverband Hessen
Generalsekretär Michael Roth MdB
Rheinstraße. 22
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 – 999 77 0
Telefax 0611 – 999 77 11
E-Mail: landesverband.hessen@spd.de
Web: www.spd-hessen.de

Wieder mehr Demokratie wagen!

Wege zu einer neuen Kultur der Beteiligung

Die deutsche Sozialdemokratie ist die älteste emanzipatorische und freiheitliche politische Kraft Deutschlands. Entschieden ist sie stets gegen Diktatur und autoritäre Regime eingetreten. Sie ist DIE Partei der Demokratie. Sie tritt konsequent für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Als linke Volkspartei überwindet sie den Klientelismus. Sie steht daher in der Pflicht, zukunftsweisende Antworten auf die wohl schwerwiegendste Akzeptanz- und Vertrauenskrise der repräsentativen Demokratie in der Geschichte der Bundesrepublik zu finden. Die hessische SPD stellt sich beginnend mit dem HessenGipfel 2011 dieser Debatte. Wir werden unsere Vorschläge für eine neue Kultur der Beteiligung unter Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen diskutieren und bis zum Frühjahr dieses Jahres vom Landesvorstand sowie Landesparteirat beraten lassen bzw. beschließen. Nach unserem Konzept „Arbeit und Gerechtigkeit“ bieten wir abermals einen Impuls für eine zentrale Debatte von Gesellschaft und Politik. Wir leisten damit auch einen Beitrag für den Bundesparteitag 2011.

I. Demokratie ohne Bürger? Die repräsentative Demokratie in der Vertrauens- und Beteiligungskrise

Das ist ein (vermeintlicher) Widerspruch unserer Zeit. Das politische Bürgerengagement lebt. Dies belegen nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“, die Schulreform in Hamburg, die Anti-Atombewegung und die Studierendenproteste. Gleichzeitig ist unser politisches System der repräsentativen Demokratie in einer schweren Akzeptanz- und Vertrauenskrise. Eine wachsende Zahl von Menschen begegnet der etablierten Politik, ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten mit Desinteresse oder Misstrauen.

Offensichtlichstes Symptom dieser Glaubwürdigkeitskrise der demokratischen Institutionen ist die seit den 1980er-Jahren zurückgehende Wahlbeteiligung und die ebenfalls seit Jahrzehnten rückläufigen Mitgliederzahlen der Parteien, beides besonders auch unter jüngeren Menschen. Bei allen seriösen Umfragen attestieren die Bürger Parteien und Parlamenten, also den Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie, niedrigste Sympathiewerte. Auch zeitweise Erfolge kleinerer Parteien wie der Grünen und der Linken können in der Summe diesen Trend nicht ausgleichen, zumal auch sie spätestens dann wieder an Akzeptanz verlieren, wenn sie

Regierungsverantwortung übernehmen. Erst recht können die immer wieder auftretenden populistischen, extremistischen und/oder auf reinen Protest fokussierten Parteien (z. B. Schill-Partei, Piraten, Republikaner, DVU, NPD) nicht für sich in Anspruch nehmen, die Bevölkerung bzw. ihre Klientel stärker an den Institutionen der repräsentativen Demokratie zu beteiligen.

Neben den abnehmenden Wähler- und Mitgliederzahlen gibt es eine Reihe weiterer Befunde, die auf eine tiefer gehende politische Krise hindeuten: Nach aktuellen Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung glaubt z. B. ein Drittel der Menschen nicht (mehr), dass sich gesellschaftliche Probleme demokratisch lösen lassen. Jeder zweite Befragte kann sich vorstellen, bei Bundestagswahlen zu Hause zu bleiben.

Gleichzeitig zeigen zahlreiche Bürger- und Protestinitiativen der vergangenen Jahre, dass die Bereitschaft zum politischen Engagement grundsätzlich in allen Schichten und Altersgruppen vorhanden ist. Allerdings handelt es sich auffällig oft um Initiativen, die sich aus einem Gefühl heraus speisen, bei Entscheidungen von den zuständigen Institutionen und den gewählten Volksvertretern nicht einbezogen und übergangen worden zu sein. Die unter dem Stichwort „Dagegen-Republik“ subsumierten Entwicklungen können somit auch als Ausdruck eines gewachsenen Misstrauens gegen Parlamente und Regierungen interpretiert werden.

II. Ursachen der Vertrauenskrise – Über den Zustand unsere Demokratie

Die Frage nach den Ursachen der zurückgehenden Integrationskraft der Institutionen der repräsentativen Demokratie erfordert mehr als triviale Antworten. „Allgemeine Politik(er)verdrossenheit“, Veränderungen im Medienkonsum oder ein (angeblich) geringes Interesse bildungsferner Schichten an der Politik sind Ausdruck, nicht Ursache des Problems. Denn eine vitale Demokratie sollte in der Lage sein, allen sozialen Gruppen und Schichten attraktive Angebote der Mitsprache und Mitentscheidung zu unterbreiten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich aus unserer Sicht folgende Thesen zum aktuellen Zustand unserer Demokratie aufstellen:

1. Wachsende Ungerechtigkeit schadet der Demokratie.

Die soziale Spaltung in Deutschland nimmt nach wie vor zu: Die Einkommensgegensätze zwischen armen und reichen Haushalten wachsen. Die Vermögensverteilung ist dramatisch ungleich. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Niedriglöhne und damit „Armut trotz Arbeit“ neh-

men rasant zu. Bildungschancen sind unverhältnismäßig stark von der sozialen Herkunft abhängig. Immer mehr Menschen wird der Zugang zu grundlegenden Diensten der Daseinsvorsorge (z. B. Gesundheit) erschwert. Es hat sich der Eindruck verfestigt, dass es im eigenen Land immer ungerechter zugeht oder die soziale Absicherung breiter Schichten durch die Politik gar nicht mehr angestrebt wird. Dieses Gefühl ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die überproportionale hohe Belastung kleiner und mittlerer Einkommen vor allem mit Sozialabgaben bei stetiger Leistungskürzung und wachsender Ungleichheit in der Einkommens- und Reichtumsverteilung steht im Widerspruch zu den ständig wiederkehrenden Steuersenkungs- und Entlastungsversprechen. Das Vertrauen in den Sozialstaat ist ausgehöhlt. Spätestens die Entlarvung des „Mehr Netto vom Brutto“-Versprechens der FDP hat hier bleibenden Schaden für alle Parteien angerichtet. Aber auch die SPD hat in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung Steuersenkungen und Leistungskürzungen gleichermaßen verantwortet, ohne deren Notwendigkeit insbesondere für ihre Stammklientel nachvollziehbar dargestellt zu haben.

Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit werden aber, wie aktuelle Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigen, von den meisten Menschen in Deutschland als wesentliches Element einer demokratischen Gesellschaft angesehen. Der Staat hat in den Augen der Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Aufgabe in der Absicherung sozialer Risiken und in der Vermeidung sozialer Schieflagen. Wenn das scheinbar nicht mehr gelingt und dazu keine glaubwürdige Alternative im politischen Wettbewerb vertreten wird, schwindet das Vertrauen in die Staatsform Demokratie oder zumindest das Interesse an einer aktiven Beteiligung. Dies gilt in besonderem Maße, wenn diese Erwartungen von einer Partei wie der SPD enttäuscht werden, bei der soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zum „Markenkern“ gehören.

Dies spiegelt sich wider in den sozialen Milieus, bei denen am stärksten und nachhaltigsten Wahlabstinenz droht: Arbeitslose, Grundsicherungsempfänger, Geringverdiener. Für rund ein Viertel der Bevölkerung ist das historische Versprechen der Sozialdemokratie „Aufstieg durch persönliche Leistung“ nicht mehr als blanker Hohn.

2. Die Sachzwangslogik entwertet Teilhabe.

Die Unterfinanzierung und eine dramatische Verschuldung des Staates schränken den Handlungsspielraum für eine fortschrittliche Politik besonders in den Bereichen ein, in denen dies für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahrbar wird, wie Bildung und Kultur, Familie, Sicherheit und soziale Infrastruktur.

Ein großer Teil des Vertrauens in die soziale Marktwirtschaft ist aus der Gestaltungskraft von Politik und Gewerkschaften entstanden, ökonomisches Wachstum mit sozialem Fortschritt zu verknüpfen. Eine Politik hingegen, die sich der Sachzwangslogik unterwirft und fortwährend behauptet, machtlos gegen internationale Entwicklungen und große Konzerne zu sein, de-

legitimiert sich selbst. Wenn dann auch noch Diskussionen über gesellschaftliche Alternativentwürfe verächtlich gemacht oder gar nicht mehr zugelassen werden, macht sie sich selbst unattraktiv bzw. lässt die Beteiligung als unerheblich erscheinen. Besonders in den marktradikal geprägten vergangenen 20 Jahren wurden zahlreiche wirtschafts-, sozial-, steuer- und rentenpolitische Entscheidungen mit vorgeblichen Sachzwängen des internationalen Wettbewerbs begründet und als alternativlos dargestellt. Dadurch ist der Eindruck der Machtlosigkeit der gewählten Volksvertreter gegenüber einer global agierenden Ökonomie entstanden. Spätestens die Wirtschafts- und Finanzkrise hat jedoch gezeigt, dass viele der durch marktradikale Ideologie geprägten Entscheidungen falsch waren und weitreichende Eingriffe möglich sind, wenn der politische Wille vorhanden ist.

3. Basta delegitimiert.

Dass zahlreiche Entscheidungen der vergangenen Jahrzehnte ohne einen echten Diskurs mit und in der Gesellschaft durchgesetzt wurden, hat die formalen Verfahren der Demokratie entwertet. Statt zentrale Reformprojekte vor abschließenden Abstimmungen zur gesellschaftlichen Diskussion zu stellen, wurden wichtige Entscheidungen der vergangenen Jahre zu oft an Parteien und Parlament vorbei in kleineren Zirkeln und Kommissionen erarbeitet und anschließend gegen Widerstände auch im eigenen Lager durchgesetzt. Diese „Basta-Politik“ stieß anfänglich nicht nur in weiten Teilen der Medien auf große Zustimmung, suggerierte sie doch Führungskraft, eine Abkehr von der Ära des politischen Stillstands und des bewahrenden Besitzstands. Oftmals wird diese Vorgehensweise begründet mit der Sorge, eine frühzeitige Diskussion führe nur zum Zerreden eines Vorschlags oder dazu, dass eine Partei erst gar nicht in die Regierungsverantwortung gewählt würde. Wenn aber Regierende ihre Parlamentarier und Parteimitglieder nicht mehr ernst nehmen, warum sollten dann die Wählerinnen und Wähler erwarten, ernst genommen zu werden?

4. Die Medien verstärken den Verdruss.

In der öffentlichen Debatte um den „Politikverdruss“ kommen die Rolle und Verantwortung der modernen Massenmedien zu kurz. Eine Auseinandersetzung um die Mechanismen der Medienarbeit, der Selektion von berichtenswerten Nachrichten und deren Übermittlung (bzw. Nichtübermittlung) in die Breite der Gesellschaft findet faktisch nicht statt. Politische Akteure tanzen allzu gerne nach der Pfeife der Medienmaschinerie, weil sie befürchten, nur so noch „stattfinden“ zu können. Es ist nichts Neues: Das politische Geschäft folgt vielfach den Mechanismen und Erwartungen der Medien; die Darstellung wird wichtiger als Inhalte.

Beispielhaft seien zwei problematische Entwicklungen genannt, die sich durch die wachsende Beschleunigung und Boulevardisierung zu verstärken drohen: Die übermäßige Personalisierung politischer Vorgänge und die medialen Anreize zur Unterbindung inner-

parteilicher Diskussion. In der Berichterstattung wichtiger Leitmedien werden zu oft politisch-inhaltliche Entscheidungen auf reine Auseinandersetzungen handelnder Personen reduziert. Es ist aber faktisch zweitrangig, ob ein FDP-Bundesminister oder ein bayerischer Ministerpräsident am Ende des koalitionspolitischen Spieltags als „Gewinner“ oder „Verlierer“ vom Platz geht. Wichtiger ist eine ausführliche gesellschaftliche Debatte, was z. B. die aktuelle Gesundheitsreform für die Mehrzahl der Versicherten und die Zukunft des Gesundheitssystems bedeutet. Eine überwiegend auf handelnde Personen fokussierte Berichterstattung erzeugt hingegen bei den Bürgern die verzerrte Wahrnehmung einer nur mit sich selbst und der persönlichen Profilierung beschäftigten politischen Elite. Von dieser Entwicklung profitieren selbstverständlich insbesondere die Politikerinnen und Politiker, die sich gut in Szene zu setzen wissen und damit von ihrer „Inhaltsleere“ abzulenken vermögen. Die Mühsal, komplexe und komplizierte Sachverhalte zu erläutern, wird ersetzt durch „Firlefanz“. Politik ähnelt aber von ihren Inhalten und Verfahren häufiger der schwer zugänglichen „Neunton-Musik“ als einem Popkonzert.

Eine weitere fragwürdige Erscheinung ist die oftmals effektheisende, negative Berichterstattung über notwendige und selbstverständliche Vorgänge innerparteilicher Demokratie. Wenn parteiinterne Diskussionen und ein Wettstreit der Ideen ausschließlich auf Begriffe wie „Zerstrittenheit“ und „Führungsschwäche“ eingedampft werden, entstehen starke Anreize für die Führungen von Parteien, Entscheidungen der eigenen Basis vorzugeben, statt sich auf langwierige Diskussions- und Überzeugungsarbeit einzulassen oder Parteitage nur noch zu inszenieren, statt sie zur echten Meinungsfindung zu nutzen (beides wird anschließend im Feuilleton bitter beklagt). Die politische Berichterstattung zeichnet zu oft ein unattraktives Zerrbild, das mit der täglichen und mühseligen politischen Sacharbeit wenig zu tun hat. Vergessen wird dabei häufig, dass Politik überwiegend auf dem Engagement vieler Zehntausender ehrenamtlich Aktiver beruht, die für eine funktionierende und lebendige Demokratie unersetzlich sind. Sie erfahren dadurch Geringschätzung und Demotivation.

5. Vertrauenskrise auf allen Ebenen – Marktradikale und bürgerferne Europapolitik

Politik wird heute in wachsendem Maße auf EU-Ebene gestaltet. Nur eine handlungsfähige EU vermag die Globalisierung demokratisch, sozial und nachhaltig zu gestalten. Hinreichende Antworten auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, globale Umwelt- und Klimafragen oder auch internationale Bedrohungen wie Terrorismus wird kein Mitgliedstaat alleine finden. Die dennoch niedrige Beteiligung bei Europawahlen ist einerseits Ausdruck mangelnder Information über diesen Sachverhalt, andererseits Ausdruck von Skepsis gegenüber den EU-Institutionen, insbesondere der Intransparenz und Komplexität der EU-Entscheidungsstrukturen. Aufbau und

Struktur des politischen Systems der EU sind trotz eines konsequenten Ausbaus der Demokratie zugunsten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente nicht mit den politischen Systemen der Nationalstaaten gleichzusetzen. Vertraute Formen des Zusammenspiels von Legislative, Exekutive und Judikative finden auf EU-Ebene nicht eins zu eins Anwendung. So hat die EU trotz stärkerer demokratischer Legitimation durch fortschreitende Parlamentarisierung nicht an Bürgernähe hinzugewonnen. Zudem haben sich die EU-Institutionen, insbesondere Kommission und Rat, in den vergangenen Jahren allzu oft als Promotoren marktradikaler Politik geriert. Das sollte angesichts 21 von 27 Kommissionsmitgliedern, einer großen Mehrheit im Rat und einer relativen Mehrheit im EP, die von konservativen, christdemokratischen und liberalen Parteien gestellt werden, nicht verwundern. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die EU daher weniger Teil der Lösung als vielmehr Teil des Problems. Dazu tragen auch die nationalen Regierungen bei, die für Erfolge sich, für Misserfolge hingegen Brüssel verantwortlich machen.

6. Die direkte Demokratie ist kein Allheilmittel.

Der Ausbau plebiszitärer Elemente vor allem auf Bundesebene ist seit vielen Jahren in der Diskussion. In der Sache getan hat sich hingegen nichts. Auch dem deutschen Volk muss es als Souverän möglich sein, wichtige Sachfragen an sich zu ziehen und zu entscheiden. Nur alle vier Jahre die Stimme für eine Partei und einen Kandidaten abzugeben, ohne weiteren direkten Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, verstärkt in der Bevölkerung das bereits vorhandene Misstrauen gegenüber einer „politischen Klasse“. Zweifellos würde der Ausbau der direkten Beteiligungsinstrumente – insbesondere von Volksinitiativen und Volksentscheiden auch im Bund – die demokratische Kultur in Deutschland bereichern: Die Legitimation umstrittener Sachentscheidungen ließe sich steigern, für Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen ergäbe sich ein neues demokratisches Ventil, neue Themen ließen sich direkt auf die Agenda setzen.

Die entsprechenden Initiativen für eine Grundgesetzänderung für mehr direkte Demokratie wurden seit 1990 deshalb mehrfach von der SPD eingebracht. Sie sind bislang – trotz vorhandener einfacher Mehrheit im Bundestag – insbesondere durch die CDU/CSU blockiert worden.

Ein differenzierter Blick auf Staaten mit längerer Tradition von Volksentscheiden zeigt allerdings auch, dass ein Mehr an direkter Demokratie erstens nicht allein zur Beseitigung der Beteiligungskrise ausreicht und zweitens neben den unabweisbaren Argumenten dafür auch Probleme aufwirft:

- In der Schweiz oder in US-Bundesstaaten wie Kalifornien beteiligen sich oft nur 40 bis 50 Prozent an Volksabstimmungen, auch die Beteiligung an Wahlen scheint eher niedriger als in Ländern mit rein repräsentativen Systemen. Offenbar führt ein häufiger Ruf zur Urne dazu, dass Wähler nur von Fall zu Fall entscheiden, ob sie sich beteiligen – und schließlich dazu, der Wahl von Volksvertretungen nicht mehr so viel Gewicht beizumessen. In Ländern mit Verhältniswahlrecht kann eine niedrige Wahlbeteiligung in Verbindung mit häufigen Abstimmungskampagnen zu einer relativen Stärkung populistischer und radikaler Parteien führen.
- Mit niedriger Beteiligung einher geht oft das Phänomen einer schichtspezifischen Mobilisierung: An Volksentscheiden in der Schweiz und in den US-Bundesstaaten beteiligen sich überproportional häufig Bürger mit höherem Bildungsgrad und Einkommen, während Angehörige bildungsferner Milieus häufiger Wahlen und Abstimmungen fernbleiben. Dieser Trend ist auch bei der Wahlbeteiligung in Deutschland festzustellen. Offenbar sind obere gesellschaftliche Schichten durch eine bessere Mobilisierung häufiger in der Lage, ihre Interessen in Volksentscheiden auf Kosten derjenigen Schichten durchzusetzen, die auf staatliche Leistungen und Transfers stärker angewiesen sind.
- Besonders in den USA ist nachweisbar, dass finanzstarke Verbände und Lobbyorganisationen Abstimmungen durch Kampagnen beeinflussen und ihnen unliebsame Gesetzesänderungen zu Fall bringen.

III. Zwölf Vorschläge für eine neue Kultur der Beteiligung

Eine vitale Demokratie schafft Räume, in denen es für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv ist, sich gesellschaftlich einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu beeinflussen. Sie ist bisweilen mühselig, zwingt zu teilweise schmerzhaften Kompromissen und ist nicht frei von Rückschlägen, schafft aber vor allem Erfüllung im Miteinander, fernab von Egoismus und materialistischer Gier. Wir wagen immer wieder und aufs Neue mehr Demokratie, weil sich nur durch sie und mit ihr die freiheitliche, solidarische Gesellschaft verwirklichen lässt. Wir stehen ein für eine neue Kultur der Beteiligung und unterbreiten dafür zwölf Vorschläge.

1. Direkte Demokratie ausbauen.

Wir stimmen mit einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit überein: Unser Land und seine Bevölkerung sind reif für mehr direkte Demokratie. Es ist wieder an der Zeit, „mehr Demokratie zu wagen“. Mit einer stärkeren Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess

bereichern wir die demokratische Kultur in Deutschland. Die Einführung von Volksinitiativen, -begehren und -entscheiden ist überfällig. Im Lichte der Erfahrungen im Ausland und in einzelnen Bundesländern sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Den Parlamenten sollte es möglich sein, eine soziale Ausgleichsfunktion für diejenigen Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen, die bei einer Ja-Nein-Mehrheitsentscheidung mit ihren Interessen zu unterliegen drohen. Konkurrenz- und Kompromissvorlagen können daher per parlamentarischen Mehrheitsbeschluss zur Abstimmung durch das Volk gestellt werden. Das jeweilige Parlament wäre in der Pflicht, sich noch einmal intensiv und konstruktiv mit einem Begehren aus der Bürgerschaft auseinanderzusetzen, entsprechende Vorschläge aufzugreifen und daraus ein gesellschaftlich tragfähigeres Konzept zu schmieden. Den Bürgerinnen und Bürgern stünde damit eine weitere Abstimmungsoption offen.
- Volksentscheide, in denen eine Mehrheit über Angelegenheiten einer abgrenzbaren Minderheit entscheidet, die selbst nicht mitentscheiden kann (z. B. Ausländerrecht), sollten ausgeschlossen sein.
- Digitaler Raum ist auch öffentlicher Raum. Internetbasierte und mobile Technologien wollen wir nutzen, um Bürgerinnen und Bürger stärker in den gesamten politischen Prozess zu integrieren. Digitale Beteiligungsverfahren (Open Government) können die Transparenz, Möglichkeiten der Partizipation und die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft befördern.
- Die Information der Bürgerinnen und Bürger ist wesentliche Voraussetzung für mehr direkte Demokratie. Sie muss sichergestellt werden. Die Finanzierung von Abstimmungskampagnen muss streng transparent gemacht und ggf. eingeschränkt werden, um finanzstarken Verbänden und Lobbys keine überproportionale Einflussnahme zu ermöglichen.

2. Teilhabe vor Ort stärken.

Demokratie lebt vor allem in den Kommunen. Wir setzen auf innovative Projekte wie den Bürgerhaushalt, den beispielsweise die SPD in Frankfurt am Main initiiert und vorangetrieben hat. Mithilfe eines professionellen Quartiersmanagements binden wir gerade in problembeladenen Stadtteilen alle gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von sozialer Herkunft, Religionszugehörigkeit oder Migrationshintergrund ein.

Die stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am politischen Entscheidungsprozess ist für uns ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Integrationspolitik. Wir fordern

daher das kommunale Wahlrecht für seit mindestens fünf Jahren in Deutschland lebende Ausländer und deren Beteiligung an Volksinitiativen und Bürgerhaushalten.

Über das aktive und passive Wahlrecht hinaus erwarten viele Bürgerinnen und Bürger, in die Entwicklung ihrer Kommune verstärkt eingebunden zu werden: projektbezogen und zeitlich befristet. Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zeigen, wie es geht, und das über die bereits bestehenden formalen Mitwirkungsmöglichkeiten (z. B. Offenlegung des Haushaltsentwurfs) hinaus. Sie binden die Bevölkerung in Planungsprozesse und Entscheidungen ein, indem neue Beteiligungsinstrumente wie der Bürgerhaushalt, die Planungszelle und Bürgerplattformen konkrete Teilhabechancen eröffnen. Hier ließen sich webbasierte Beteiligungsprozesse stärker ausbauen.

3. Das Volk befragen.

Im modernen Medienzeitalter sind Wahlkämpfer immer mehr auf prägnante Botschaften und Abgrenzung vom politischen Mitbewerber angewiesen, treffen dann aber nach Wahlen auf einen Zwang zu weitreichenden Kompromissen in Koalitionsvereinbarungen oder bei anderen Bundesratsmehrheiten. Politische Debatten im öffentlichen Raum erfordern pointierte und identifizierbare Positionen, die sich aber in einem Vier- oder gar Fünfparteiensystem regelmäßig nicht durchsetzen lassen. Die im Rahmen von Koalitionsabsprachen notwendigerweise zu schließenden Kompromisse und Abstriche von der eigenen Programmatik führen nach nahezu jeder Wahl zu Enttäuschungen bei Teilen der Wählerschaft – umso mehr, wenn die entsprechende Entscheidung vor der Wahl noch vehement bekämpft wurde oder die Thematik im Wahlkampf keine Rolle gespielt hat.

Bei zentralen Reformprojekten ist die Bevölkerung umfassend einzubeziehen. Wenn es aufgrund der Eigenlogik des politischen Systems nicht möglich zu sein scheint, als notwendig erachtete, aber unpopuläre Entscheidungen bereits vor den Wahlen anzukündigen, könnten konsultative Referenden, d. h. vom Parlament initiierte Volksentscheide, als „Befragung des Volkes durch die Politik“ mögliche Selbstblockaden oder den Vorwurf der Wählertäuschung verhindern. Um den Missbrauch des Instruments des konsultativen Volksentscheids durch Regierungsparteien zu verhindern, sollte es an eine Zweidrittelmehrheit in Bundesrat und Bundestag gebunden sein. Es dürfte eine Reihe von grundlegenden politischen Weichenstellungen geben, deren Klärung durch das Volk im Interesse von Regierung *und* Opposition liegt. Beispielsweise die Einführung eines Alterversorgemodells, das von abhängig Beschäftigten, Selbstständigen sowie Beamtinnen und Beamten gleichermaßen finanziert wird.

4. Teilhabe setzt Handlungsfähigkeit voraus.

Die Handlungsfähigkeit des Staates ist von zentraler Bedeutung, damit Bürgerinnen und Bürger es als lohnend betrachten, sich in dessen Willensbildung aktiv einzubringen. Kommunen unter Zwangsaufgaben und Landeshaushalten, die durch die Schuldenbremse im Grundgesetz und mangels Steuereinnahmen jedweden Spielraum für neue Projekte und innovative Maßnahmen eingebüßt haben, laden kaum eine Bürgerin oder einen Bürger zur Mitwirkung in politischen Entscheidungen ein. Es wird deshalb unsere zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren sein, besonders Ländern und Kommunen notwendige politische Handlungsspielräume zu eröffnen.

5. Die EU demokratischer gestalten.

Die Handlungsspielräume der Politik werden nur über mehr gemeinschaftliches und koordiniertes Handeln auf EU-Ebene zurückzugewinnen sein. Die Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise erfordert eine zukunftsfähige Antwort, die für uns vorrangig in einer Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitik liegen kann. Mindestsätze und -standards bei der Besteuerung von Unternehmen, in der Sozial-, Gesundheits- und Beschäftigungspolitik sind überfällig. Das Scheitern des Verfassungsvertrags und die langwierige Suche nach einem Kompromiss in Form des Lissabon-Vertrags zeigen auf, wie schwierig die Weiterentwicklung der EU werden dürfte. Wir bleiben dem Leitbild der Vereinigten Staaten von Europa verpflichtet. Das heißt für uns u. a.:

- Initiativrecht für Rechtsakte auch für das Europäische Parlament.
- Die Beseitigung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat in steuer- und sozialpolitischen Fragen.
- Weiterentwicklung des Rates zu einer Staatenkammer.
- Änderung der Wahlmodalitäten zum Europäischen Parlament durch länderübergreifende Listen und Aufstellung eines gemeinsamen sozialdemokratischen Spitzenkandidaten, der mit einem europaweiten Mitgliederentscheid gewählt wird.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Brüssel und Berlin haben sich gemeinsam für eine bürgerfreundliche und unbürokratische Europäische Bürgerinitiative stark gemacht. Der Einsatz hat sich gelohnt, weil die Europäische Bürgerinitiative die Chance bietet, EU-Bürgerinnen und Bürger besser in den europäischen Willensbildungsprozess einzubinden. Deshalb sollten wir dieses Instrument nutzen und offensiv dafür werben.

6. Wirtschaftsdemokratie sichern und weiterentwickeln.

Demokratie endet nicht an den Werktoeren. Die Unternehmensmitbestimmung ist ein unverzichtbarer Teil der demokratischen Kultur in Deutschland. Sie gibt den Beschäftigten in der Unternehmenspolitik eine Stimme und trägt zu einer erfolgreichen Unternehmenskultur bei. Es muss deshalb Ziel der SPD sein, die innerbetriebliche Demokratie im europäischen Rahmen zu sichern und die deutsche Mitbestimmung so weiterzuentwickeln, dass diese auch im Rahmen einer zunehmenden Internationalisierung bzw. Europäisierung des Unternehmensrechts unvermindert aufrechterhalten werden kann. Außerdem sollte der Schwellenwert (Mitarbeitergröße für AN im Aufsichtsrat), ab dem die Drittelbeteiligung greift, auf ein im europäischen Vergleich übliches Maß abgesenkt werden.

7. Bürgerfreundlich wählen.

Das Wahlrecht wird von immer weniger Bürgerinnen und Bürger als staatsbürgerliche Verpflichtung gesehen. Insbesondere junge Menschen weisen zwar nach Befragungen keine größere Demokratiedistanz auf als ältere, gehen aber dennoch seltener zur Wahl. Insbesondere in der jüngeren Generation wird vermutet, dass eine einzelne Stimme ohnehin nichts ändere und sich daher der „Aufwand“ nicht lohne. Die Hürden zur Teilnahme an einer Wahl sollten so niedrig und unbürokratisch wie möglich sein. Beispielsweise wird im US-Bundesstaat Oregon nur noch per Brief gewählt. Sobald hinreichend sichere Verfahren bestehen und die „digitale Kluft“ geschlossen ist, sollten webbasierte Abstimmungsmöglichkeiten, zumindest auf kommunaler Ebene, eingeführt werden.

8. Mehrwert SPD-Mitgliedschaft.

Die SPD muss ihren Anspruch, DIE Partei der Demokratie und Teilhabe zu sein, immer wieder konkret belegen. Die innerparteiliche Demokratie wird häufig als formalisiert, bürokratisch und lebensfern wahrgenommen. Die Tagesordnungen der Jahreshauptversammlungen sprechen Bände. Gleichzeitig haben immer mehr Mitglieder den Eindruck, in relevante politische Entscheidungen gar nicht mehr ernsthaft eingebunden zu werden. Sie fühlen sich als „Stimmvieh“ gering geschätzt. Unsere Partei muss sich neuen Verfahren öffnen und mehr direkte Mitwirkung und Mitentscheidung der Basis ermöglichen – dies würde die Parteimitgliedschaft attraktiver machen. Denn wer sich engagiert, möchte auch beteiligt werden. Genossinnen und Genossen profitieren von einem Mehrwert. Sie verfügen nicht allein über „privilegierte“ Informationszugänge durch einen „direkten Draht“ zu ihrem Ortsvorsteher, ihrer Bürgermeisterin oder Abgeordneten. Abstimmungen und Wahlen aller Mitglieder vor wichtigen Entscheidungen und zu wichtigen Einzelfragen werten die Mitgliedschaft in der SPD auf und sind ein Zeichen der Wertschätzung. Für Programmdiskussionen sollten internetbasierte

Konsultations- und Beratungssysteme mit der Möglichkeit eines anspruchsvollen, von Experten moderierten und transparenten Erarbeitungs- und Abstimmungsprozesses etabliert werden. Insbesondere internetbasierte und mobile Kommunikationstechnologien erlauben mehr Kontinuität in der Mitgliederbeteiligung auch von „Zeit-Armen“, da sie die Willensbildung und Entscheidungsfindung unabhängig von zeitlichen und räumlichen Einschränkungen ermöglichen.

9. Früh übt sich, wer ein Demokrat sein will.

Demokratie fällt nicht vom Himmel. Sie muss gelehrt und gelernt werden. Es gehört zu den Schlüsselkompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur über das politische System Bescheid zu wissen, sondern gemeinwohlorientiertes Engagement zu erleben und sich in praktischer Demokratie zu üben: die Erprobung eines Streites um die Sache, die Suche nach einem Kompromiss und entsprechenden Mehrheiten. In unseren Schulen muss im Unterricht nicht nur formal informiert, sondern zur aktiven demokratischen Teilhabe erzogen und ermuntert werden. Wer sich in besonderer Weise engagiert, z. B. in der Schülervertretung, bei Amnesty, in der Naturschutzgruppe oder im Vereinsvorstand, profitiert davon: bei der schulischen Leistungsbewertung, bei Zugang zu Ausbildungs- und Studienplätzen.

Bereits jetzt sieht die Hessische Gemeindeordnung eine stärkere Einbeziehung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik vor. Diese Vorgabe sollte vor Ort ernster genommen und als Chance gesehen werden.

Der mündige Umgang mit modernen Medien und die vielfältigen Formen der Berichterstattung und deren Mechanismen müssen in der schulischen Bildung und Erziehung fest verankert werden. Zwei Prozent der Gelder aus den Rundfunkgebühren, die bei der Landesanstalt für Privaten Rundfunk (LPR) verbleiben, sind künftig ausschließlich zum Zweck der Förderung der Medienkompetenz etwa in Form von medienpädagogischen Projekten an Schulen einzusetzen. Der Bedeutung der Medienkompetenz in der Lehrerbildung ist stärker Rechnung zu tragen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss weit mehr als bislang seinem Aufklärungs- und Bildungsauftrag gerecht werden. Für eine kritischere Selbstreflexion ihrer Rolle in der Beteiligungsdemokratie könnte ein Demokratieschwerpunkt in der Journalistenausbildung etabliert werden.

10. Die gesellschaftliche Spaltung überwinden.

Die SPD muss die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft konsequent und glaubhaft angehen, wenn sie das Vertrauen der gesellschaftlichen Mitte in den Sozialstaat wiederherstellen

will. Dies erfordert einen finanz- und haushaltspolitischen Paradigmenwechsel. Wer den Sozialstaat zu sichern, die Bildungs- und Betreuungsangebot auszuweiten und eine Zunahme der staatlichen Verschuldung zu verhindern trachtet, muss auch sagen, wer das bezahlen soll. Um die soziale Schieflage zu beseitigen, führt an einer Einbeziehung von hohem Einkommen und Kapitaleinkommen zur Finanzierung der Solidarsysteme kein Weg vorbei. Das ist nur möglich über die Einführung von Solidarmodellen, die alle Einkommensgruppen umfassen, wie der solidarischen Bürgerversicherung. Es erzwingt darüber hinaus eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme, um weitere signifikante Steigerungen der Sozialabgaben zu vermeiden. Die Gegenfinanzierung muss, um neue Ungerechtigkeiten im Steuersystem zu verhindern, über eine Anhebung der Spitzensteuersätze und der Steuern auf Vermögen und große Erbschaften erfolgen.

Auch Unternehmen müssen sich in diesem Fall zur Erhaltung der Parität zum Ausgleich der niedrigeren Lohnnebenkosten über Steuern solidarisch und angemessen beteiligen. Schließlich profitieren sie in erheblichem Maße von einer zukunftsweisenden öffentlichen Infrastruktur in Bildung, Verkehr, Wissenschaft und Forschung.

11. Nur wenn's gerecht zugeht, (über-)lebt die Demokratie.

Stabile Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Im Parteiensystem muss eine Kraft vorhanden sein, die gleichermaßen für verantwortungsbewusstes Regierungshandeln wie für soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander steht. Die Glaubwürdigkeit der SPD ist in diesen Fragen durch zahlreiche Kurswechsel in den vergangenen zwölf Jahren noch immer beschädigt. Neues Vertrauen wächst nur langsam. Es ist richtig gewesen, wesentliche Elemente der Renten- und Arbeitsmarktpolitik noch einmal auf den Prüfstand zu stellen bzw. weiterzuentwickeln. Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen, jetzt sind neue Angebote und Projekte anzugehen. Die SPD tritt für Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen und für soziale Sicherheit ein und füllt das historische Versprechen „Aufstieg durch Leistung“ wieder mit Leben. Dieser Kernbereich der sozialdemokratischen Identität kann durch nichts ersetzt, allenfalls klug und zukunftsweisend ergänzt werden.

12. Politik braucht Ambition – Transparenz und Ethik.

Politikerinnen und Politiker müssen wieder Vorbild sein wollen. Dabei ist unerheblich, dass man weder gesellschaftlichen noch persönlichen Maßstäben stets vollständig zu entsprechen vermag. Aber politisches Engagement ohne ethische Ambition taugt nichts. Abgeordnete und

Regierungsmitglieder sollten sich auf einen Verhaltenskodex verständigen, der verbindliche Leitlinien im Umgang miteinander und gegenüber Medien und Wirtschaft regelt.

Dieser „Code of Conduct“ sollte folgende Punkte umfassen: Verzicht auf die persönliche Herabwürdigung des politischen Gegners; Respekt vor der Privatsphäre von Politikern bei gleichzeitigem Verzicht auf „Homestorys“; Untersagung von bezahlten Nebentätigkeiten in der Wirtschaft bei Europa- und Bundestagsabgeordneten; Offenlegung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse von Parlaments- und Kabinettsmitgliedern sowie hauptamtlichen Kommunalpolitikern; Einrichtung einer unabhängigen Kommission, die nach dem Ausscheiden aus einem Regierungsamt Empfehlungen für Art, Umfang und Zeitpunkt der Aufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit abgibt.